

"Mut zum Schumanplan?" in Die Welt (11. Oktober 1950)

Legende: Im Zusammenhang mit den Regierungsverhandlungen über den Schuman-Plan kommentiert die deutsche Tageszeitung Die Welt am 11. Oktober 1950 die Meinungsverschiedenheiten zwischen den sechs Staaten über die zukünftige Organisation des gemeinsamen Marktes für Kohle und Stahl.

Quelle: Die Welt. Unabhängige Tageszeitung. Hrsg. Schulte, Heinrich ; Herausgeber Helbig, Adolf. 11.10.1950, Nr. 238; 5. Jg. Hamburg: Die Welt.

Urheberrecht: Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten.

Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"mut_zum_schumanplan_"_in_die_welt_11_oktober_1950-de-e563c872-266a-48ac-b075-ea79748bfcfd.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 16/09/2012

Mut zum Schuman-Plan?

Radikale Lösungen unvermeidlich / Von Wilhelm Grotkopp

Von einer Krise des Schuman-Plans wird gesprochen. Besorgt wird auf Schwierigkeiten hingewiesen, die bei den Debatten über die Markt – und Preisfragen aufgekommen sind. Verhandlungen dieser Art sind aber nie glatt verlaufen. Es ging immer hart auf hart, wenn, wie es jetzt offensichtlich bei den Pariser Verhandlungen der Fall ist, die einen befürchten, daß sie die Zeche zahlen und gewisse Einbußen hinnehmen müssen, vielleicht sogar den konkurrenzkräftigen Betrieben geopfert werden, während andere den größeren Vorteil hätten.

Guter Start

Bemerkenswert ist eher, daß bisher alles ohne Störungen abgelaufen und man schneller vorangekommen ist, als wohl selbst Optimisten angenommen hatten. Es sind ja erst fünf Monate verstrichen, seitdem Schuman eine europäische Montan- und Kohle-Union vorgeschlagen und damit von den europäischen Staaten verlangt hat, zugunsten übernationaler Organe auf einen Teil ihrer Souveränitätsrechte zu verzichten, damit, zunächst für die Erzeugnisse dieser Zweige, ein einheitlicher europäischer Markt entsteht. Pläne so weitgehender Art sind bisher immer im Anfangsstadium gescheitert. Die Pariser Verhandlungen haben dagegen schon zu einem Abschluß des politischen Teils geführt. Der Apparat steht mit der Höhen Behörde als Spitze und den verschiedenen Kontrollorganen in den großen Zügen fest. Das bedeutet schon sehr viel.

Streitfragen kamen dagegen wegen der organisatorischen und marktwirtschaftlichen Probleme auf. Eine Fülle von Einzelheiten stehen zur Debatte. Es sind zum Teil Spezialfragen, die mit der Nachkriegsregelung der deutschen Montanwirtschaft verbunden sind und nunmehr eigentlich als rein wirtschaftliche angefaßt werden sollten.

Zur Klärung der entscheidenden Probleme ist von der Zielsetzung des Schuman-Plans auszugehen: die billigste Versorgung der Verbraucher zu sichern und so zu einer Erhöhung des Lebensstandards wesentlich beizutragen. Erreicht werden kann dies nur, wenn innerhalb des Raums der Montan-Union die Gesetze der freien Marktwirtschaft und somit die Vorteile der Konkurrenz sich auswirken können. Die leistungsfähigen Betriebe müssen den Ton angeben. Sie müssen auch seinen Nutzen haben, wenn dank der Rationalisierung und Modernisierung ihrer Anlagen Produktionskosten und Preise gesenkt werden können.

Kurze Schonzeit

Relativ belanglos ist es, ob für Eisen und Kohle, ähnlich wie für andere wichtige Grundstoffe, feste Preise gelten, oder die Preise sich frei bilden können. Das Entscheidende ist, daß ein preislicher Wettbewerb bleibt und die Preise so niedrig gehalten werden, wie es dank der Konkurrenz- und Kostenlage möglich ist. Falsch wäre es dagegen, wenn die Höhe Behörde Funktionen der leistungsunfähigen Betriebe unnötig stützen würde, wie etwa durch Festsetzung von Quoten, Sicherung des Absatzes und Zahlung von Ausgleichsbeträgen. Eine mittlere Linie gibt es kaum. Denkbar wären nur Übergangsmaßnahmen während einer Schonzeit, um den Betrieben die Anpassung an den neuen einheitlichen großen Markt zu erleichtern. Diese Schonzeit müßte aber so kurz wie möglich bemessen sein.

Keineswegs dürfen die Maßnahmen, die vielleicht in der Übergangszeit notwendig sein könnten, die Wettbewerbsverhältnisse verfälschen. Vielmehr müssen sie den Übergang zu einer Marktwirtschaft erleichtern.

Im Zeichen steigenden Absatzes

Ein Widerstand gegen eine so radikale Politik wäre verständlich, wenn infolge der Unterschiede der Produktionskosten die Stilllegung zahlreicher Betriebe zu befürchten wäre. Abgesehen von privatwirtschaftlichen Interessen kann es nämlich eine Regierung kaum verantworten, Tausende von Arbeitern für längere Zeit arbeitslos werden zu lassen. Auswirkungen dieser Art sind aber nicht zu

befürchten. Mangel an Stahl und Kohle kennzeichnen wieder die Marktlage. Außerdem ist mit steigenden Absatzmöglichkeiten zu rechnen. Eine zusätzliche Nachfrage wird allerdings vorwiegend den leistungsfähigen Betrieben zugute kommen. Bei dieser Marktlage ist nun sogar zu befürchten, daß die Preise stark durch die am wenigsten konkurrenzkräftigen Betriebe bestimmt und somit künstlich hochgehalten werden. Das muß verhindert werden. Die niedrigen Produktionskosten der leistungsstärkeren Betriebe müssen den Verbrauchern zugute kommen.

Die Marktlage läßt es also zu, sich über an sich verständliche Bedenken hinwegzusetzen und den radikalen Eingriff vorzunehmen, der aus politischen Gründen im Interesse der europäischen Einheit notwendig ist. Eine entsprechende Regelung der Markt- und Preisfragen wäre ein primär politischer Entscheid. Den Mut zu dieser Entscheidung müssen wir von den Regierungen erwarten.